

5. Respekt in Schule und Alltag stärken

Mobbing und Diskriminierung sind auch an Schulen weit verbreitet, beeinträchtigen die Qualität der Ausbildung, wirken sich negativ auf die Betroffenen aus und können etwa zu einem frühen Schulabbruch führen. Die Kommission hat die Möglichkeit, durch EU-weite Maßnahmen und Schulprogramme Mobbing und Diskriminierung an europäischen Schulen anzugehen.

5.1 Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass EU-weit Programme und Maßnahmen gegen Mobbing und auch gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsmerkmale umgesetzt werden?

CDU/CSU



CDU und CSU sprechen sich dafür aus, Mobbing und Ausgrenzung durch **Präventionsprogramme** den Nährboden zu entziehen. **Aufgabe der Schule ist es vor allem, aufzuklären und nützliche Informationen bereitzuhalten.** Das gilt für grundlegende Kenntnisse über Sexualität sowie für die Vermeidung von Gefahren und Gefährdungen durch ungefilterte Darstellungen in den digitalen Medien. Darüber hinaus können zahllose, auch

anonyme Beratungsstellen sowie Ratgeber Hilfestellung leisten.

SPD



Trotz der Aufforderung des Europäischen Parlaments im Jahr 2015 an die Mitgliedstaaten, Homophobie und Transphobie in Schulen zu bekämpfen, sind LGBTIQ-Jugendliche immer noch mit Mobbing, Belästigung und Diskriminierung konfrontiert. Darüber hinaus blockieren einige Länder aktiv den Zugang zu LGBTIQ-Inklusivressourcen für Minderjährige durch „Anti-Schwulen-Propagandagesetze“ wie in Lettland oder durch die Aufhebung

von Initiativen zur Schaffung eines integrativeren Schulumfelds für LGBTIQ-Schüler (siehe beispielsweise den jüngsten Druck der polnischen Regierung, Regenbogen-Freitag abzusagen). Obwohl Bildung nicht in die Zuständigkeit der EU fällt, hat die EU, nicht zuletzt auf Druck der sozialdemokratischen Abgeordneten, dazu beigetragen, **den Austausch bewährter Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern und sollte dies auch weiterhin tun.**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind zudem Mitglied der europäischen **Plattform ALLofUS** die die „Anti-Gender-Bewegung“ anprangert, einen Austausch fördert und Initiativen im Bildungsbereich unterstützt: <https://www.facebook.com/JoinALLOfUs/>.

Bündnis 90/ Die Grünen



Da Bildungspolitik keine genuine Kompetenz der Europäischen Union ist, fordern wir, dass die EU-Mitgliedstaaten den **Austausch von bewährten Erfahrungen aus der Umsetzung von Bildungsprogrammen, die die Gleichstellung aller Menschen fördern und Maßnahmen gegen Mobbing und Diskriminierung beinhalten**, vorantreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass das Recht auf Bildung frei von jeglicher Diskriminierung für alle

Menschen garantiert wird.



super



ja



vage



nein



gefährlich

Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Die Linke



In Berlin startet 2009 die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und die Akzeptanz der sexuellen Vielfalt.“ Dies wurde maßgeblich von der LINKEN in der damaligen rot-roten Koalition initiiert und in **Rahmen eines EU-Berichts als „best-practise“ Beispiel** benannt. **DIE LINKE streitet darum, dass allen Heranwachsenden in Europa früh die Vielfalt der Gesellschaft erläutert wird.** Dies ist für alle ein Gewinn und stärkt LSBTTIQ* in ihren

Identitätsprozessen.

Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes und in das Antidiskriminierungsgesetz aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminierungsstellen, ein echtes Klagerecht für Verbände im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz sowie dessen EU-rechtskonforme Ausgestaltung.

AfD



Neue drastische Formen von Mobbing und Diskriminierung gehen vor allem von islamisch geprägten Neubürgern aus. Der Kampf kann sich also nicht gegen Abstrakta wenden, sondern darf den Kampf gegen totalitäre religiös fundamentierte Denkmuster nicht scheuen.

FDP



Die Schulpolitik ist nationale Aufgabe, in Deutschland sogar Ländersache. Die Kompetenzen der Europäischen Union sind hier sehr beschränkt. Die EU kann insbesondere keinen Zugang von Schulaufklärungsprojekten in Schulen erzwingen. Allerdings kann sie flankierend tätig werden.

Wie zuvor dargestellt wollen wir Freie Demokraten, dass Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität engagieren, stärker als heute bedarfsorientiert von der EU gefördert werden. Das umfasst auch NGOs im Bereich der Schulaufklärung.

Vor allem muss die EU darauf hinwirken, dass die altersadäquate Schulaufklärung nicht durch „Homopropaganda“-Gesetze eingeschränkt wird. Ein entsprechendes Gesetz in Litauen schränkt unter dem Deckmantel des Jugendschutzes die Meinungsfreiheit inakzeptabel ein.

Freie Wähler



Wir FREIE WÄHLER sehen die **fächerübergreifende Thematisierung der Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten im Unterricht als bedeutenden Teil** einer umfassenden Persönlichkeitsbildung junger Menschen an.

Insbesondere in der Phase des Erwachsenwerdens nimmt die Integration auch von sexuellen Orientierungen in die Gesamtpersönlichkeit eine bedeutende Stellung ein. Damit es in dieser Phase nicht zu Mobbing und Diskriminierung kommt, setzen wir für eine **stärkere Vernetzung von schulischer Bildungsarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern ein.** Somit könnten externe Experten gezielt präventiv an Schulen tätig werden.



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Piraten



Wir stehen für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik und diese muss bereits bei der frühen Bildung beginnen. Deshalb setzen wir uns für umfangreichen Sexualkunde- und Ethikunterricht, sowie Aufklärungsarbeit ein, die verschiedene Lebensstile gleichberechtigt präsentieren.

Tierschutzpartei



Wir fordern ein EU-weites Finanzierungskonzept für Anti-Mobbing- und Anti-Diskriminierungsprogramme an Schulen.

Weiterhin soll auch der Sexualkundeunterricht in den Schulen erweitert werden, um Kindern frühzeitig bewusst zu machen, dass mehr als nur zwei Geschlechter existieren und es kein Unterschied macht, ob man schwul, lesbisch, bi', trans' oder intergeschlechtlich ist. Mobbing und/oder Diskriminierungen aufgrund geschlechtlicher Merkmale ist durch verbindlich frühzeitige Aufklärung an Schulen zu verhindern.

Ebenso fordern wir Programme für die Eltern von LSBTI-Kindern sowie auch nicht LSBTI Kindern, um – falls notwendig - die Sichtweise der Eltern bezüglich unterschiedlicher Geschlechtsidentitäten zu erweitern. Häufig wird die Sichtweise der Eltern auf die Kinder übertragen. Dies gilt es durch gezielt geförderte Aufklärungskampagnen zu verhindern.

Familienpartei



Wir machen uns stark für einen EU weit zukünftigen verpflichtenden speziellen Lehrplan mit Unterrichtsstunden und Online-Spielen, der grundsätzlich gegen jede Form von Mobbing zielgerichtet vorgeht. Bestandteil dabei muss auch sein, dass **gefährdete Schüler unterstützt** werden. Diese Universalmaßnahmen sollen dafür sorgen, dass Mobbing gar nicht erst auftritt. Selbstverständlich sollte das Programm aber auch Einzelmaßnahmen für Fälle vorsehen, in denen es bereits zu Mobbing gekommen ist.



super



ja



vage



nein



gefährlich